

Föderalismus- und Geschlechterforschung füreinander fruchtbar machen: Neue Akzente in der „dritten Welle“

Gabriele Abels

Jill Vickers, Joan Grace, Cheryl N. Collier (Hrsg.) 2020: Handbook on Gender, Diversity and Federalism, Edward Elgar, Cheltenham, Northampton, MA.¹

Föderalismus gehört nicht in den üblichen Themenkanon in der Geschlechterforschung. Und umgekehrt sind Gender-Perspektiven in der Föderalismusforschung bislang eher marginal geblieben. Dabei liegen erste Beiträge zur Verknüpfung der beiden Forschungsfelder bereits seit den 1980er Jahren vor. Eine der Pionierinnen ist *Jill Vickers*, bis 2007 Professorin für Politikwissenschaft an der Carleton University in Kanada. Ihr Aufsatz von 1994 „Why should women care about federalism?“ ist geradezu ein Klassiker. Sie hat mit früheren Beiträgen zu einer – wie sie es heute nennt – „ersten Welle“ beigetragen, die sich durch einen Fokus auf die traditionellen Föderalstaaten auszeichnet und nach den positiven bzw. negativen Effekte föderaler Strukturen für Gleichstellungspolitik fragte. Auch zur sogenannten „zweiten Welle“ seit den 2000er Jahren hat *Vickers* beigesteuert. Hier wurde grundlegender die Frage gestellt, ob und in welcher Weise föderale Strukturen „gegendert“ sind.

Nun wird von *Vickers* mit dem von ihr – gemeinsam mit *Joan Grace* und *Cheryl N. Collier* herausgegebenen „Handbook on Gender, Diversity and Federalism“ – eine dritte Welle eingeläutet. Diese zeichnet sich dadurch aus, dass (i) verstärkt auch Staaten untersucht werden, die bislang weniger im Mittelpunkt standen, vor allem Staaten im Globalen Süden, die komplexe Prozesse von Dekolonialisierung und Demokratisierung erfahren haben, in denen aber föderale Muster zur Konfliktbewältigung Anwendung finden. (ii) Ferner wird der Föderalismusbegriff breiter angelegt auf politische Systeme, die dezentralisiert sind und sich durch Mehrebenendynamiken auszeichnen, auch wenn sie nicht im formalen, verfassungsrechtlichen Sinne Föderalstaaten sind. Dieser erweiterte territoriale/geographische Fokus ist sehr positiv. Zugleich sind dann doch von den insgesamt 23 Beiträgen allein sieben Beiträge auf Kanada ausgerichtet. Dabei spielen die klassischen Föderalstaaten im Handbuch, mit wenigen Ausnahmen, ansonsten kaum eine Rolle.

(iii) Ein weiteres Element der dritten Welle ist die Einbeziehung intersektionaler Perspektiven, indem etwa Fragen von „race“, Klasse oder Gewalt gegen Frauen berücksichtigt werden. Diese Erweiterung findet sich in fast allen Beiträgen bzw. in allen drei Teilen des Handbuchs wieder.

Im ersten Teil „Theoretical and Comparative Approaches“ fragt zum Beispiel *Vickers* unter Bezugnahme auf Eleanor Ostroms Konzept von Polyzentrismus danach, wie in mono-/multi-nationalen und multi-ethnischen Föderationen und durch unterschiedliche

1 The eBook version is priced from £22/\$31 from Google Play, ebooks.com and other eBook vendors, while in print the book can be ordered from the Edward Elgar Publishing website.

Typen von intergovernmentalen Beziehungen Geschlecht und „race“ konstituiert werden. Dies zeigt sie am Beispiel des Familienrechts, denn dessen Reform „raises complex issues about territory or to members of an ethnic/religious community“ (S. 24). So werde etwa in multi-nationalen oder multi-ethnischen Föderationen eine zentralstaatliche Politik als Einmischung betrachtet, wodurch sich gravierende Folgen für den staatsbürgerlichen Status (citizenship) von Frauen ergeben können.

Im Beitrag von *Daniel Stockemer* und *Michael J. Wigginton* geht es um die Frage, ob föderale Strukturen sich positiv auf deskriptive Repräsentation im Sinne eines höheren Anteils von Frauen in der Politik auswirken, was in der Folge positive Auswirkungen auf Gleichstellungspolitiken (im Sinne substantieller Repräsentation) haben könne. Denn da mehr politische Gremien und Ämter zu besetzen sind, könnte dies mehr Partizipationschancen bieten. Die Autoren kommen zum Ergebnis, dass formal-verfasste Föderalstaaten in der Tat besser abschneiden, aber dass der Schein trügt, wie komplexere Analysen zeigen. Verhältniswahlrecht und Quoten sind hingegen förderliche institutionelle Faktoren.

In den Beiträgen in Teil II „Third Wave Gender/Federalism Research in Some ‚Western‘ Federations“ (Australien, Kanada, Spanien, USA) zeigt zum Beispiel *Melissa Haussmann* für die USA, wie unter der Trump-Administration das Programm Medicaid – ein wichtiger Teil der Sozialpolitik – eingeschränkt und delegitimiert wurde. Dem Programm wurde einseitig eine Wirkung vor allem zugunsten von schwarzen Frauen unterstellt. Während unter der Obama-Administration die Möglichkeit einer flexibleren Implementation in den Bundesstaaten dazu diente, den Kreis der Medicaid-Berechtigten auszuweiten, wurden unter Präsident Trump die Flexibilisierungen zur Einschränkung des Zugangs genutzt.

In dem einzigen Beitrag im Handbuch zu einem europäischen Staat, Spanien, verdeutlichen *Tània Verge* und *Alba Alonso*, dass insbesondere der starke Wettbewerbscharakter zwischen den Autonomen Regionen (neben weiteren Systemmerkmalen) im Bereich der Gleichstellungspolitik und in Bezug auf Rechte für sexuelle Minderheiten (LGBTI) zu progressiven Politiken geführt hat. Dadurch hätten die Autonomen Gemeinschaften zu einer Transformation des Gender-Regimes und wohlfahrtsstaatlicher Strukturen entscheidend beigetragen.

Im Teil III „Third-Wave Gender/Federalism Research in the Global South“ sind Beiträge zu Lateinamerika (Argentinien, Brasilien, Mexiko), Asien (Indien, Pakistan, Hongkong) und Afrika (Nigeria). Am Beispiel Brasilien zeigt *Simone Bohn*, wie das nationale Gesetz zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in den Bundesstaaten sehr unterschiedlich implementiert wird. Ungleiche Ressourcenverteilung auf der subnationalen Ebene spielt dafür eine zentrale Rolle. Durch die territoriale Asymmetrie bestehen für Frauenbewegungen, die sich gegen die Gewalt organisieren, sehr unterschiedliche Handlungsspielräume – und für Frauen unterschiedliche Schutzniveaus und uneinheitlicher Zugang zu Hilfsprojekten in den Bundesstaaten.

In einem Handbuch zu Föderalismus würde man wohl eher keinen Beitrag zu Hongkong erwarten. Als Sonderverwaltungszone zeigen sich, so *Susan J. Henders* in ihrem Beitrag, aber durchaus föderale Merkmale, deren Folgen für Frauenrechte und Gleichstellungspolitik sie diskutieren will. Sie zeigt, dass es vor 1997 durchaus Verbesserungen gegeben hat, es aber seitdem durch das Erstarken autoritär-kapitalistischer und patriarchaler Strukturen starke Rückschritte gibt.

Nigeria ist einer der wenigen Föderalstaaten in Afrika. Zugleich besteht eine starke Tendenz zur Zentralisierung in dem autoritär und vom Militär geführten Land. Die Folgen davon zeigen *Plangsat Bitrus Dayil* und *Jill Vickers* am Beispiel der „#Bring Back our Girls“-Bewegung, die sich im Gefolge der Entführung von Schülerinnen im Jahr 2014 durch die islamistische Terrorgruppe Boko Haram bildete und die durchaus international eine gewisse Sichtbarkeit erreichen konnte. Dem Schutz von Mädchen und Frauen wird – gerade in Folge der „overcentralization“ im Sicherheitssektor – in den Regionen sehr unterschiedlich Rechnung getragen. Der politische Unwille, der ebenso aus dem kolonialen Erbe wie aus der Militärherrschaft resultiert, Macht zu dezentralisieren, schlägt sich im Sicherheitssektor in unzureichenden Kapazitäten in den Bundesstaaten nieder.

Zwar konnten hier nicht alle Beiträge einzeln vorgestellt und gewürdigt werden, aber es zeigt sich, dass auch in der proklamierten dritten Welle die Verknüpfung von Geschlechter- und Föderalismusforschung ebenso fruchtbar wie notwendig ist. Die Beiträge geben wichtige Einblicke und verdeutlichen, dass durch die genannte Erweiterung des Fokus weitergehende Erkenntnisse für die Föderalismusforschung generiert werden können. So etwa in Bezug auf das Zusammenspiel von Dekolonialisierung, Föderalisierung und Demokratisierung.

Die Herausgeberinnen haben zweifelsohne einen wichtigen Sammelband vorgelegt. Allerdings ist die Bezeichnung als Handbuch mit Einschränkungen eher irreführend. Nun gibt es zwar sicherlich nicht nur ein einziges angemessenes Format für ein Handbuch. Aber gleichwohl wäre für ein Handbuch dann doch eine umfassendere Bestandsaufnahme über die verschiedenen Wellen hinweg wünschbar und erwartbar, als dies in der Einleitung der Herausgeberinnen erfolgt, um den Forschungsstand auch für Einsteiger*innen darzustellen. Es wäre aber ebenso eine größere geographische Breite sinnvoll, welche eben dann doch auch die klassischen Föderalstaaten – und zwar auch die in Europa – stärker berücksichtigt. Darunter leidet aber nicht die Qualität und Originalität der versammelten Beiträge, die zugleich einen Ausblick auf die Forschungsagenda für eine „vierte Welle“ geben.

